

Boris Palmer fordert Rückkehr zu Sonderschulen: Sparen oder Inklusion?

Tübingens OB Boris Palmer plant Sparmaßnahmen durch mehr Sonderschulen. Kritiker warnen vor negativen Folgen für Inklusion.

Tübingen, Deutschland - Boris Palmer, der parteilose Oberbürgermeister von Tübingen, schlägt einen kontroversen Kurswechsel in der Bildungslandschaft vor. Angesichts finanzieller Schwierigkeiten der Kommunen möchte er die Inklusion an Schulen zurückfahren und stattdessen die Förderung von Sonderschulen intensivieren. Palmer, der die Inklusion für „inhaltlich nicht gut funktionierend“ hält, empört mit der Forderung, Schüler mit Sonderbedarf wieder verstärkt in Sonderschulen zu unterrichten, anstatt in Regelschulen. Dies geschieht aus dem Bestreben, Geld zu sparen, denn seiner Meinung nach sind Sonderschulen signifikant günstiger als die bestehenden inklusiven Systeme. Dies berichtet unter anderem der **Merkur**.

Während Palmer sich für eine Reduzierung der Inklusion starkmacht, erntet er jedoch scharfe Kritik. Joachim Walter, der Tübinger Landrat von der CDU, sieht Inklusion als Menschenrecht und lehnt die Rückkehr zu Sonderschulen entschieden ab. Er weist darauf hin, dass Deutschland sich mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet hat, ein inklusives Schulsystem zu fördern. Auch Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK, bezeichnet Palmers Vorschläge als „populistischen Unsinn.“ Sie argumentiert, dass Inklusion langfristig kosteneffizienter wäre, da Kinder mit Behinderungen bessere Chancen auf Schulerfolge

und damit auf einen Ausbildungsplatz hätten, wenn sie in Regelschulen unterrichtet würden. Laut ihrer Einschätzung würde die Schließung von Förderschulen erhebliche Mittel für inklusive Bildung freigeben, was auf die finanziellen Vorteile einer inklusiven Schulbildung hinweist. Diese Informationen wurden von **SWR** veröffentlicht.

Palmer ist der Auffassung, dass einige Schulen mit der Vielzahl an Schülern und deren individuellen Bedürfnissen überlastet sind und fordert, Inklusion nicht als einklagbaren Rechtsanspruch zu betrachten, sondern die Qualität und Ergebnisse in Aussicht zu stellen. Kritiker argumentieren hingegen, dass die Umschichtung der Mittel von inklusiven zu spezialisierten Schulen nicht nur den Menschenrechten der Betroffenen widerspricht, sondern auch langfristig kontraproduktiv ist und die Bildungschancen von Kindern mit Behinderung erheblich verschlechtern könnte.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Tübingen, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.merkur.de • www.swr.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at